

POSTULAT von Silvia Kamm (Grüne, Bonstetten), Felix Müller (Grüne, Winterthur) und Esther Guyer (Grüne, Zürich)

betreffend Moratorium für die Bewilligung neuer Sendeanlagen für den Mobilfunk

Bis zur definitiven Klärung der gesundheitlichen Auswirkungen von Sendeanlagen für den Mobilfunk ist der Regierungsrat dafür besorgt, dass im Kanton Zürich keine neuen Sendeanlagen mehr bewilligt werden. Danach sind die notwendigen Auflagen zum Ausschluss von gesundheitlichen Nachteilen zu formulieren.

Silvia Kamm
Felix Müller
Esther Guyer-Vogelsang

Begründung:

Bedingt durch die Liberalisierung des Fernmeldegesetzes drängen sich immer mehr private Anbieter auf den Mobiltelefonmarkt. Obwohl Sendeanlagen grundsätzlich bewilligungspflichtig sind, fehlen gesetzliche Grundlagen, insbesondere in Bezug auf Mindestabstände von bewohnten Gebäuden, Grenzwerte und Haftungsfragen im Schadenfall. Immer mehr Fachleute sind inzwischen der Ansicht, dass die elektromagnetischen Felder von Mobilfunksendeanlagen beachtliche gesundheitliche Schäden hervorrufen können. Sie befürchten enorme Folgekosten im Gesundheitswesen. Ein Moratorium für solche Anlagen ist deshalb eine dringliche Massnahme, bis zweifelfrei feststeht, auf welche Weise solche Anlagen betrieben werden können, ohne dass negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in Kauf genommen werden müssen.